

Katholische Nachrichten-Agentur (KNA)

Neuer Kontaktkreis zwischen Politik und Roma geplant

Heidelberg (KNA) Der neue Beauftragte der Bundesregierung für die nationalen Minderheiten in Deutschland, Hartmut Koschyk (CSU), und der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma sind für einen «Beratenden Ausschuss für Fragen der Sinti und Roma». Koschyk zeigte sich am Freitag bei einem Besuch des Zentralrats in Heidelberg überzeugt, «dass wir dieses Beratungsgremium beim Bundesinnenministerium zeitnah einrichten können». Entsprechende Ausschüsse, in denen auch Vertreter aller Bundestagsfraktionen und der Länder sitzen, gibt es bereits für andere Minderheiten, etwa für Sorben und Friesen.

Der Zentralratsvorsitzende Romani Rose sagte, ein solcher Ausschuss sei der richtige Weg, um zu einer Verstärkung der Kontakte zwischen Roma und Politik zu kommen. So biete sich die Möglichkeit, alle Sinti und Roma betreffende Fragen zu diskutieren und daraus politische oder parlamentarische Initiativen zu entwickeln.

Koschyk und Rose forderten zugleich den Erhalt der Gräber von Sinti und Roma, die den Holocaust überlebten. Aufgrund kommunaler Friedhofsordnungen sei der Erhalt der bundesweit rund 3.500 Gräber derzeit nicht gesichert. «Wir müssen endlich eine Lösung finden», sagte Koschyk. Rose betonte, die Gräber sollten als Orte der Mahnung der europäischen Geschichte erhalten bleiben. Auch der Bundesrat hatte sich für Regeln ausgesprochen, die den dauerhaften Erhalt der Sinti und Roma-Gräber sicherstellen.